

Aaron Buck

Redakteur, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R. (im Folgenden IKG)

St.-Jakobs-Platz 18, 80331 München

Tel.: +49 (0)89 20 24 00 -116

E-Mail: aaron.buck@ikg-m.de

Internet: www.ikg-muenchen.de



Israelitische
Kultusgemeinde
München
und Oberbayern

Pressekonferenz Wohlfahrtsverbände München Stadt am 22. März 2016

Die IKG als Teil der Freien Wohlfahrtspflege

Die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R. ist ein aktiver Teil der Münchner Stadtgesellschaft. Das kommt auch und gerade in der engen, vertrauensvollen, freundschaftlichen und vor allem auch institutionalisierten Zusammenarbeit mit den Freien Wohlfahrtsverbänden zum Ausdruck. Diese Kooperation hat auf kommunaler, aber auch auf Landes- und Bundesebene eine langjährige, gute und erfolgreiche Tradition. Uns alle, die drei kirchlich-religiösen und die drei weltlichen Verbände, verbindet ein Ziel: die solidarische Gemeinschaft, in der Menschen die Hilfe erhalten, die sie für ein menschenwürdiges Leben benötigen. Dazu leistet die Freie Wohlfahrtspflege im Zusammenspiel mit der öffentlichen Hand und im Zuge des Subsidiaritätsprinzips einen unverzichtbaren Beitrag, ohne den das soziale Netz unserer Gesellschaft nicht und vor allem nicht so tragen würde. Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein unerlässlicher Pfeiler für den sozialen Frieden.

Zedaka – Wohlfahrtspflege und Gerechtigkeit

Wie die beiden anderen kirchlichen Verbände – die Caritas und die Innere Mission/Diakonie – blickt auch die jüdische Wohlfahrt auf eine jahrhundertealte religiös begründete Tradition zurück. „Zedaka“ – so das hebräische Wort für Wohltätigkeit – ist eine zentrale religiöse Verpflichtung und gehört neben der Thora und dem Gebet zu den Säulen des Judentums. Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes lautet „Gerechtigkeit“ und macht deutlich, worauf es ankommt: Wohltätigkeit bedeutet nicht nur einen freiwilligen Beitrag zur Nächstenliebe, sondern ist religiöse Pflicht zur Hilfe im Interesse einer ausgleichenden Rechtsordnung. Vor diesem Hintergrund verstehen wir auch im modernen Rechts- und Sozialstaat unseren Beitrag im Rahmen der Freien Wohlfahrtspflege.

Integration als Schlüsselaufgabe

Integration ist eine Schlüsselaufgabe – nicht erst, seit das Wort mit der Zuwanderung der vielen hunderttausend Flüchtlinge zum einem der zentralen Schlagworte der politischen und gesellschaftlichen Debatte wurde. Die meisten unserer Aktivitäten zielen drauf ab, Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen dazu nicht alleine in der Lage sind, dabei zu unterstützen, als selbstbestimmte Persönlichkeiten am Leben unserer Gesellschaft teilhaben zu können.

Gewiss, es geht um Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund. Aber es geht auch um Angebote für Menschen mit Behinderung, Menschen in schwierigen persönlichen Lebenslagen, Menschen mit psychischen Problemen oder einfach Menschen in einem bestimmten Alter. Kurzum: Es geht um Angebote, die für *jeden* von uns wichtig sind oder werden können.

Die jüdische Gemeinschaft – Erfahrung mit und Interesse an gelingender Integration

Wenn die IKG bei dieser Pressekonferenz das Thema Integration behandelt, dann geschieht das, weil sie damit einerseits als Vertretung einer alteingesessenen, aber immer wieder und immer noch gefährdeten Minderheit über eine reiche, vielfältige eigene Erfahrung verfügt und andererseits ein geradezu existentielles Interesse am Gelingen von Integration hat.

Blicken wir zunächst auf die **Erfahrungen**:

Als Minderheit, die seit alters mit Misstrauen, Ablehnung oder gar Hass betrachtet und behandelt wurde, mussten jüdische Menschen und jüdische Kultusgemeinden in den

jeweiligen Mehrheitsgesellschaften stets die schwierige Balance zwischen Anpassung und Bewahrung der eigenen Religion und Kultur halten. Dabei war es für Juden immer selbstverständlich, sich in die Rechtsordnung des jeweiligen Landes bzw. Staates einzufügen. Ein entsprechendes jüdisches Gebot besagt: „Verhalte Dich nach den Regeln der Stadt, in der Du lebst.“ Eine Selbstverständlichkeit, die Sprache des Landes schnell zu lernen und zu sprechen, und für das jetzige Heimatland eine tiefe Zuneigung, Verbundenheit, also eben Heimatgefühle zu hegen – auch wenn man woanders geboren und – meist aus traurigen, tragischen Gründen – zugewandert ist. Am deutlichsten wird diese Integration vielleicht in der Literatur, der Sprachkunst: Jüdische Literatur, also Literatur von jüdischen Autoren auch, aber nicht nur über jüdische Themen, gibt es in vielen Sprachen – je nachdem wo die Autoren beheimatet waren oder sind. Sie verstehen sich in erster Linie als deutsche, amerikanische, italienische, russische und ferner eben auch jüdische Autoren.

Wie alle jüdischen Gemeinden in Deutschland blickt auch die IKG auf eine besondere, noch junge Integrations-Erfahrung zurück: Mit der Zuwanderung sogenannter Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion stand die Kultusgemeinde Anfang der 90-er Jahre vor einer immensen Herausforderung. Es galt die Neuankömmlinge – deren Zahl die der alteingesessenen Gemeindeglieder deutlich überstieg – bei der Integration in die deutsche Gesellschaft und zudem bei der Integration in die Israelitische Kultusgemeinde zu unterstützen. Eine Mammutaufgabe, zumal es anfangs weder Strukturen noch Maßnahmen für die auf die Zielgruppe abgestimmte Versorgung und Integration gab. Erst aufgrund zahlreicher Anstrengungen durch die Präsidentin Dr. Charlotte Knobloch gelang es, Unterstützung von Freistaat und Stadt für den Aufbau einer professionellen, kultursensiblen Infrastruktur mit Mitarbeitern zu erhalten, die über entsprechende fachliche und sprachliche Qualifikationen sowie die notwendige Sensibilität im Hinblick auf Kultur und Religion verfügen. Bis heute unterstützen sie in der Sozialabteilung der Gemeinde die Zugewanderten u.a. mit Sprach- und Integrationskursen, umfassenden Beratungsangeboten, Bildungs- und Freizeitangeboten sowie Räumen und Möglichkeiten für eigene kulturelle Aktivitäten. Ein wichtiger Aspekt ist der koordinierte Einsatz von Ehrenamtlichen aus den Reihen der Zugewanderten, die die hauptamtlichen Strukturen mit ihrem wertvollen Engagement unterstützen.

Nach 25 Jahren Integration von Kontingentflüchtlingen wissen wir: Ohne die nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen und eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung kann Integration nicht gelingen. Aber wir wissen auch: Die Integration der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion ist für unsere Gemeinde nicht nur eine immense Kraftanstrengung, sondern auch eine wertvolle Bereicherung: Wir haben viele großartige Menschen gewonnen, und von Vielem, was im Zuge der Integrationsbemühungen eingerichtet wurde, profitiert letztlich die gesamte Kultusgemeinde.

Damit können wir den Blick auf das **Interesse an gelingender Integration** in der aktuellen Situation lenken: Zwei aktuelle Entwicklungen dominieren gegenwärtig die öffentliche Debatte. 1.) Der starke Zuzug von Flüchtlingen, der bisweilen als politische beziehungsweise gesellschaftliche „Krise“ benannt wird. Und 2.) der erschreckende, massive Rechtsruck ausgehend vom rechten gesellschaftlichen Rand bis weit in die bürgerliche Mitte, den wir gegenwärtig erleben. Beides bedroht den sozialen Frieden in unserem Land – ernsthaft. In dieser Situation gilt es unbedingt und mit vereinten Kräften, die (weitere) Aufspaltung der Gesellschaft zu verhindern. Das Auseinanderdriften, das es schon seit vielen Jahren zwischen Arm und Reich, aber auch verschiedenen gesellschaftlichen Milieus gibt, droht sich zu verschärfen und einer aggressiven Polarisierung weiter Raum zu schaffen, die sich in verbaler, psychischer und physischer Gewalt gegen Menschen entlädt. Die jüdische Gemeinschaft hat insofern ein existentielles Interesse an gelingender Integration. Ist doch der Antisemitismus seit jeher ein empfindlicher Seismograph für den Zustand der demokratischen und solidarischen Gesellschaft: Wo jüdische Menschen angefeindet, ausgegrenzt, als fremd betrachtet und gar an Leib und Leben bedroht werden, sind bald auch andere Menschengruppen, unterschiedliche Lebensstile und unliebsame Meinungen in Gefahr – und das Ende einer offenen, pluralistischen, freiheitlichen Gesellschaft besiegelt.

In den letzten Jahren erleben wir ein bedrohliches Anschwellen des Antisemitismus, das jüdischen Menschen aus verschiedenen Bereichen entgegenschlägt. Nun kommt die Sorge über einen sogenannten importierten Antisemitismus hinzu, denn ein Großteil der Flüchtlinge kommt aus Ländern, in denen der Hass auf Juden und den Staat Israel selbstverständlicher Bestandteil von Staatsräson, Sozialisierung, Bildung und Erziehung sind. Fest steht: Wer bei und mit uns leben will, muss dieses gefährliche Gepäck ablegen. Das bedeutet konkret: Die Zuwanderer, die in ihrer alten Heimat niemals erfahren durften, was es bedeutet in Freiheit zu leben, müssen in aller erster Linie auch in unsere Werteordnung integriert werden. Sie müssen die Überzeugungen unseres Grundgesetzes verinnerlichen, verstehen und leben. Das betrifft insbesondere die Freiheitsrechte, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Sie müssen sich aber auch mit der singulären jüngeren Geschichte unseres Landes auseinandersetzen – mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust, also mit den historischen Lehren, die unserer rechtsstaatlichen, freiheitlichen, sozialen Verfassung zugrunde liegen. Schließlich müssen sie das Existenzrecht Israels anerkennen und akzeptieren, dass Antisemitismus in unserer Gesellschaft ebenso keinen Platz wie Frauenfeindlichkeit, Homophobie oder andere Formen von wie auch immer geartetem Menschenhass. Integration darf keine Einbahnstraße sein, sondern ein Fördern und Fordern: Unsere Gesellschaft muss Hilfen und Unterstützung für diese Menschen zur Verfügung stellen, die vor Elend, Gewalt und Krieg zu uns geflohen sind. Das gebieten uns unser Grundgesetz, die Menschlichkeit sowie ethisch und religiös begründete Überzeugungen. Im Gegenzug müssen wir von den Immigranten die „Einwanderung in unser Grundgesetz“ (Prof. Dr. Norbert Lammert), in unser Rechts- und Wertesystem verlangen – und mit allen Mitteln verhindern, dass sie in Parallelgesellschaften, vor deren Existenz zu lange die Augen verschlossen wurden, heimisch werden. Dafür braucht es freilich entsprechende Maßnahmen und Mittel – und vor allem das gelebte Beispiel der Mehrheitsgesellschaft. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die das Zusammenspiel aller Kräfte auf Augenhöhe erfordert.

Lassen Sie mich nochmal klarstellen: Ebenso inakzeptabel wie ein „eingewanderter“ Antisemitismus ist der „einheimische“ und „hausgemachte“ Antisemitismus, sowie der sich immer offener und ungenierter zeigende Rassismus und Fremdenhass, der im Internet, auf deutschen Straßen und zunehmend auch in deutschen Parlamenten widerliche Urstände feiert und angesichts der so genannten Flüchtlingskrise erschreckende Ausmaße angenommen hat. Dieses starke Ausmaß von Verachtung und Diffamierung, das sich jetzt auch in Wahlergebnissen niederschlägt und mithin das politische Gefüge in unserem Land erheblich beeinträchtigt und verändert, ist auch ein Versagen der demokratischen Parteien. Die Bürgerschaft erwartet von den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft endlich parteiübergreifende, gemeinschaftliche, glaubwürdige und zielführende Konzepte für die nachhaltige Bewältigung der vielfältigen Aufgaben. Nur mit konkreten Ergebnissen lässt sich das Vertrauen in die Politik zurückgewinnen, den Rechtspopulisten und -Extremisten das Wasser abgraben und vor allem der soziale Frieden erhalten.

Konsequenzen und Forderungen

- Für eine erfolgreiche Integration müssen die notwendigen rechtlichen, finanziellen und personellen Grundlagen geschaffen und bewährte bestehende Strukturen gestärkt werden.
- Es darf kein Gegeneinander-Ausspielen von Bedürftigen geben – im Gegenteil: Dass schon lange bestehende Missstände auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in Bildung und Erziehung, im Gesundheits- und Sozialwesen in Folge der starken Zuwanderung endlich angegangen werden, muss eine Chance für *alle* bedeuten.
- Integration braucht Zusammenarbeit auf Augenhöhe, damit die verschiedenen Maßnahmen, aufeinander abgestimmt, optimale Wirkung erzielen.
- Integration und Antisemitismus schließen einander aus, für Antisemitismus ist kein Platz in unserer Gesellschaft. Dies muss zwingender Bestandteil von Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge aus Ländern sein, in denen der Hass auf Juden und Israel Staatsräson und in Erziehung und Sozialisation selbstverständlich sind.